

EINWÜRFE

Eine schöne Zeit

VON BODO BAAKE

Zwischen der Zeit, der Uhr und dem Menschen besteht ein magischer Zusammenhang. Seit Urzeiten. Ständig will er wissen, wie spät es ist, wie lange etwas dauert, wann der nächste Zug kommt. Möglichst auf die Sekunde genau. Was bei den ständigen Bahnstreiks zunehmend schwieriger wird. Und überhaupt wird das Verhältnis des Menschen zur Zeit immer komplizierter. Während er einerseits darauf besteht, dass sein Frühstücksei präzise nach der Funkuhr gekocht wird, will er andererseits lieber nicht so genau wissen, wann sein letztes Stündlein schlägt. Das ist menschlich nur allzu verständlich, aber inkonsequent und legt den Verdacht nahe, dass der Mensch in seinem Gehäuse nicht richtig tickt.

Zum Beleg dafür fügen wir hier eine Anekdote an, die weiland (auch ein schönes Zeitwort) von der Exkursion einer Delegation des VEB Uhrenkombinat Ruhla zur Atomuhr in Moskau – einer sozialistischen Errungenschaft von Graden – überliefert ist: Als die Teilnehmer den führenden Professor anhand ihrer Werkhren auf gewisse Unstimmigkeiten hinwiesen, korrigierte der großzügig lächelnd das atomare Chronometer. Was bedeutet schon, sollte das wohl heißen, eine Minute für den Aufbau einer neu-

en Welt! Irgendwie hat das unseren Respekt vor der modernen Zeitmessung beeinflusst. Wir misstrauen allem, was keine Zeiger hat, und würden am liebsten die gute alte Sanduhr reaktivieren.

Die zur Zeit genaueste Atomuhr tickt in den USA und soll über 15 Milliarden Jahre keine Sekunde falsch gehen und Zeitunterschiede im Schwerefeld der Erde messen können. Weil

nach Einstein die Zeit in zunehmender Höhe schneller vergeht. Das klingt ziemlich kompliziert und ist es wohl auch, bedeutet aber einfach gesagt, dass es oben auf dem Rennsteig immer später ist als unten in der Thüringer Ackerebene. Während sich also das Erfurter Regierungsviertel noch den Schlaf aus den Augen reibt, krähen auf der Oberhofer Höhe schon die Hähne der Opposition im Frühtau wir ziehn, valle- ra...

Gemessene Zeit und gefühlte Zeit, Atomzeit, Weltzeit und jetzt wieder Mitteleuropäische Sommerzeit – das ist für uns normale Zeitgenossen viel zu kompliziert. Außerdem ist für diese Kolumne nur eines interessant: Die vermaledeite Sendezzeit! Von wegen: Dem Glücklichen schlägt keine Stunde! Wir müssen den Text pünktlich an die Redaktion senden, sonst bekommen wir Ärger. Es ist so weit, bis nächsten Montag also. Haben Sie eine schöne Zeit!



Erinnerung in Bergen-Belsen

BERGEN-BELSEN. (dpa) Bei der Gedenkfeier zur Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen vor 70 Jahren hat Bundespräsident Joachim Gauck zum Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen weltweit aufgerufen. Das Staatsoberhaupt erinnerte an die „unermessliche Schuld“ der Deutschen: Orte wie Bergen-Belsen, Buchenwald oder Dachau seien Symbole für die politische, moralische, kulturelle und humanitäre Katastrophe, zu der das „Dritte Reich“ geführt habe. Zu der Gedenkfeier auf das Gelände des ehemaligen KZ waren am Sonntag mehr als tausend Menschen gekommen, darunter auch ungefähr 90 KZ-Überlebende.

Gauck betonte, Deutschland sei Teil einer Verantwortungsgemeinschaft, die sich dazu bekennen, die Würde des Menschen zu verteidigen. „Wo wir nur können, werden wir Unrecht ein Ende setzen.“ Der Bundespräsident dankte dem britischen Militär für die Befreiung des Lagers kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs.



Der Holocaust-Überlebende Ezra Davids in der Gedenkstätte Bergen-Belsen (Niedersachsen). Aus der Verantwortung für die Gräueltaten der Nazis leitet Bundespräsident Gauck eine Verpflichtung ab. Foto: Julian Stratschulte

Vom Ruhepol der Koalition zum Problemminister

De Maizière wegen BND-Skandal, Pannengewehr und Flüchtlingspolitik unter Dauerdruck

VON CHRISTIAN KERL

BERLIN. Eine Wende in der Spionageaffäre um den Bundesnachrichtendienst bringt das Kanzleramt unter Druck und den affärengelagerten Innenminister Thomas de Maizière (CDU) in neue Bedrängnis: Das Kanzleramt bestätigte, dass es über die Wirtschaftsspionage-Praxis des US-Geheimdienstes NSA bereits 2008 in Kenntnis gesetzt wurde – damals war de Maizière Amtschef der Regierungszentrale und in dieser Funktion auch für den BND zuständig.

Demnach hatte der BND 2008 in einem vertraulichen Bericht darüber informiert, dass die NSA versucht hatte, europäische Rüstungskonzerne wie EADS und Eurocopter mit Hilfe des deutschen Geheimdienstes abzuschöpfen. Die Kooperationspraxis, bei der die NSA dem BND viele tausend Suchanfragen für das Abhören von Telefon- und Internetverkehr übermittelte, die anders als vereinbart nicht nur die Terrorabwehr betrafen, wurde danach aber offenbar nicht geändert; auch de Maizières Nachfolger als Kanzleramts-Chef, Ronald Pofalla (CDU), wurde zwei Jahre später offenbar über die Rechtsverstöße informiert.

Das Eingeständnis der Regierung ist brisant, weil die heutige Leitung des Kanzleramts am Donnerstag den Eindruck vermittelt hatte, von den umfangreichen Spionageversuchen der NSA erst vor wenigen Wochen erfahren zu haben – angeblich war bis dahin auch der seit 2012



Will sich zu den jüngsten Vorwürfen vorerst nicht äußern: Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Foto: Bernd Von Jutrczenka

amtierende BND-Chef Gerhard Schindler ahnungslos. Das Kanzleramt hatte in ungewöhnlich harscher Form öffentlich „technische und organisatorische Defizite“ des BND gerügt; ein Affront gegenüber Schindler, über dessen Rücktritt nun spekuliert wird.

Martina Renner (Linke) wittert eine Lüge

Dass aber mindestens de Maizière und Pofalla von den Vorgängen sehr viel früher wussten, überrascht und alarmiert auch den NSA-Untersuchungsausschuss. SPD-Obmann Christian Flisek sagte: „Wenn das Kanzleramt seit 2008 informiert war, macht das die Vorgänge noch schlimmer. Dann stellt sich die Frage, warum nichts unternom-

men wurde – obwohl auf Verlangen der NSA über Jahre gegen deutsche Interessen verstoßen wurde.“ Flisek kündigte an, die SPD werde nun den Druck auf das Kanzleramt erhöhen: Kanzlerin Angela Merkel sei „in der Pflicht“, gegenüber den USA nach diesem Vertrauensbruch deutliche Worte zu finden. Es sei aber fraglich, ob die Brisanz im Kanzleramt ausreichend erkannt worden sei. „Offenbar funktioniert weder die Aufsicht innerhalb des BND noch die Aufsicht des Kanzleramtes – wir müssen jetzt die gesamte Kontrolle auf den Prüfstand stellen“, sagte Flisek. Die Obfrau der Linken, Martina Renner aus Thüringen, äußerte den Verdacht, die Regierung habe den Bundestag bei diesem Thema belogen. Merkel und de Maizière sind oh-

SPD bleibt hart bei Mindestlohn

BERLIN. (dpa) Der Mindestlohn von 8,50 Euro und die Pflichten zur Dokumentation der Arbeitszeit sollen nach dem Willen der SPD nicht angetastet werden. „Wir werden am Gesetz überhaupt nichts ändern“, sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel am Sonntagabend. Zuvor hatte CSU-Chef Horst Seehofer substanzielle Änderungen angemahnt und „Regelungswut und das Dokumentationswirrwarr beim Mindestlohn“ kritisiert. Am Spätsontagabend war der Streit auch Thema eines Koalitions Gipfels im Kanzleramt. Die Union hätte gerne eine Reduzierung der Pflichten zur Erfassung von Arbeitszeiten.

In den nächsten Wochen will die Große Koalition vor allem die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen auf den Weg bringen. Dazu gehört auch die Zukunft des Solidaritätszuschlags („Soli“), den die Union bis spätestens 2029 schrittweise abschaffen will. An den Verhandlungen nahmen neben den Partei- und Fraktionschefs von Union und SPD auch Innenminister Thomas de Maizière (CDU), Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und der SPD-Länder-Koordinator für Finanzthemen, Hamburgs Regierungschef Olaf Scholz, teil.

Bei Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ging es auch um die hohen Flüchtlingszahlen. Schwarz-Rot sieht die Kosten für die Unterbringung und die bundesweit gerechte Verteilung von Flüchtlingen als eine der größten Herausforderungen. Ebenso müssen wichtige Entscheidungen zum Stromnetzausbau getroffen werden, genauso zur von Gabriel geplanten Klimaabgabe, wenn alte Kohlekraftwerke ein bestimmtes CO₂-Limit überschreiten.

NACHRICHTEN

Ausschreitungen in Baltimore

BALTIMORE. (dpa) Nach tagelangen friedlichen Protesten nach dem Tod eines Schwarzen in Polizeigewahrsam ist es in der US-Stadt Baltimore (Maryland) zu Ausschreitungen gekommen. Einzelne Teilnehmer einer Demonstration mit etwa 1200 Menschen zertrümmerten am Samstagabend (Ortszeit) Schaufensterscheiben, beschädigten Streifenwagen, bewarfen Polizisten mit Steinen

sowie Wasserflaschen und beschimpften sie als Mörder, wie US-Medien berichteten. Zwölf Demonstranten seien festgenommen worden. Ein 25 Jahre alter Afroamerikaner hatte am 12. April eine Rückenmarkverletzung erlitten, während er nach seiner Festnahme in einem Polizei-Kleinbus aufs Revier gebracht wurde. Nach Angaben der Behörden fiel er später ins Koma und starb.

„Nachtwölfe“ auf umstrittener Tour

MOSKAU/BERLIN. (dpa) Der russische Rockerclub „Nachtwölfe“ hat in Moskau seine umstrittene Motorradtour nach Berlin zum 70. Jahrestag des Kriegsendes begonnen – allen Protesten aus Polen und Deutschland zum Trotz. Die polnische Regierung hat den Bikern die Einreise verboten,

und am Sonnabend drohte auch Deutschland, die kretzenden „Nachtwölfe“ an der Grenze abzuweisen. Der Kurs diene nicht dem Ziel, „einen Beitrag zur Stärkung der deutsch-russischen Beziehungen zu leisten“, erklärten das Auswärtige Amt und das Innenministerium.

ZITAT

„Ohne zu übertreiben, ist festzustellen, dass er eine der bedeutenden Persönlichkeiten der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte ist.“

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil zum Rücktritt von Ferdinand Piëch

Trauer um polnischen Ex-Außenminister Bartoszewski

Ehrenmitglied des Weimarer Dreiecks überlebte Auschwitz, stand für Aussöhnung und Menschlichkeit

WARSCHAU/WEIMAR. (dpa/mat) Als Wladyslaw Bartoszewski im vergangenen Jahr zum Ehrenmitglied des Vereins Weimarer Dreieck wurde, würdigte ihn ein anderer großer Europäer, Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), mit folgenden Worten: „Wir verdanken Ihnen viel, denn Sie leben den Geist unseres Europas. Sie sind ein Vorbild nicht nur für die junge Generation, sondern für alle, die unser Leben jetzt gestalten.“ Bartoszewskis Engagement für das, was Europa ausmacht, habe ihn immer wieder beeindruckt, sagte Genscher in seiner Laudatio.

Dem ehemaligen polnischen Außenminister wurde im Laufe seiner Lebens viel Lob und Anerkennung zuteil, er sammelte zahlreiche Auszeichnungen, et-

wa den Adam-Mickiewicz-Preis für Verdienste um die deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit, den er 2008 ebenfalls in Weimar verliehen bekam. Bartoszewski, der so große Bedeutung für Thüringen und die Klassikstadt hatte, ist nun im Alter von 93 Jahren gestorben.

„Mit Wladyslaw Bartoszewski verlieren wir einen großen Europäer, der Weimar eng verbunden war“, sagte Weimars Oberbürgermeister Stefan Wolf (SPD). Das Ehrenmitglied des Vereins Weimarer Dreieck sei „Antreiber für ein geeintes und friedliches Europa“ gewesen, der während des nationalsozialistischen Terrors ebenso mutig und aufrecht für die Freiheit kämpfte wie unter der kommunistischen Herrschaft, sagte der Oberbürgermeister.

„Männer wie Wladyslaw Bartoszewski waren es“, heißt es in einem Beileidsschreiben von Wolf, „die die deutsch-polnische Aussöhnung vorantrieben. Wir werden ihn als Vorbild in Erinnerung behalten, das nicht verbittert zurück, sondern optimistisch nach vorne schaute und zur Versöhnung einlud, wo immer sich die Gelegenheit bot.“

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) reagierte ebenfalls mit Trauer auf die Nachricht vom Tod des ehemaligen polnischen Außenministers. „Wladyslaw Bartoszewski war als Intellektueller und Politiker Zeit seines Lebens ein streitbarer Kopf. Als Stimme der deutsch-polnischen Aussöhnung gehörte er zu den wichtigsten Botschaftern eines geeinten Europas. Seine Biografie steht

für Mut und Standhaftigkeit in einem Jahrhundert, das Kriege sah und Versöhnung“, sagte Ramelow.

Wladyslaw Bartoszewski ist nach seinem Tod von zahlreichen Politikern und Kommentatoren im In- und Ausland als großer Mensch und Vorbild für Generationen von Polen gewürdigt worden. Der ehemalige Widerstandskämpfer, der auch in Auschwitz saß, Bürgerrechtler, Historiker und Publizist war bis zuletzt Ratgeber der polnischen Regierung für internationale Fragen gewesen. „Wie ich hörte, hat er noch Stunden vor seinem Zusammenbruch die deutsch-polnischen Regierungskonsultationen an diesem Montag vorbereitet“, sagte der EU-Ratspräsident Donald Tusk polnischen Medien,



Im vergangenen Jahr wurde Wladyslaw Bartoszewski (links) Ehrenmitglied im Verein Weimarer Dreieck. Vorstandsvorsitzender Dieter Hackmann applaudierte. Foto: Peter Michaelis